

Enquete-Kommission
Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität

Kurzprotokoll

1. Sitzung
(öffentlich)

Berlin, den 17.01.2011, 13:00 Uhr
Sitzungsort: Paul-Löbe-Haus, Europasaal
Sitzungssaal: 4.900

Vorsitz: Präsident Prof. Dr. Norbert Lammert, MdB
Daniela Kolbe (Leipzig), MdB

TAGESORDNUNG:

K o n s t i t u i e r u n g

der Enquete-Kommission Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität –
Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt
in der Sozialen Marktwirtschaft



Sitzung der Enquete-Kommission " Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität "
 Montag, 17. Januar 2011, 13:00 Uhr

Anwesenheitsliste

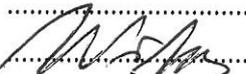
gemäß § 14 Abs. 1 des Abgeordnetengesetzes

Ordentliche Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift	Stellvertretende Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift
CDU/CSU		CDU/CSU	
Bilger, Steffen	Göppel, Josef
Heider Dr., Matthias	Klamt, Ewa
Middelberg Dr., Mathias	Klimke, Jürgen
Nüßlein Dr., Georg	Linnemann Dr., Carsten
Vogelsang, Stefanie	Murmann Dr., Philipp
Zimmer Dr., Matthias	Schön (St. Wendel), Nadine
SPD		SPD	
Arndt-Brauer, Ingrid	Heil (Peine), Hubertus
Friedrich, Peter	Högl Dr., Eva
Kaczmarek, Oliver	Kelber, Ulrich
Kolbe (Leipzig), Daniela	Schaaf, Anton
FDP		FDP	
Bernschneider, Florian	Kauch, Michael
Bögel, Claudia	Sänger, Björn
Skudelny, Judith	Vogel (Lüdenscheid), Johannes
DIE LINKE.		DIE LINKE.	
Leidig, Sabine	Bulling-Schröter, Eva
Lötzer, Ulla	Schlecht, Michael

Sitzung der Enquete-Kommission " Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität "
Montag, 17. Januar 2011, 13:00 Uhr

Anwesenheitsliste

gemäß § 14 Abs. 1 des Abgeordnetengesetzes

Ordentliche Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift	Stellvertretende Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift
<u>BÜ90/GR</u>		<u>BÜ90/GR</u>	
Andreae, Kerstin		Gambke Dr., Thomas	
Ott Dr., Hermann	Wilms Dr., Valerie

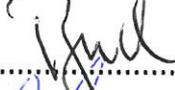
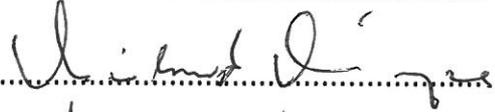
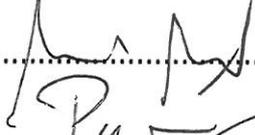
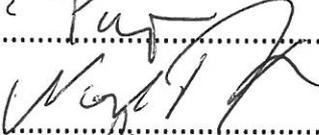
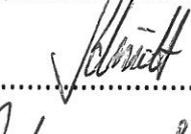
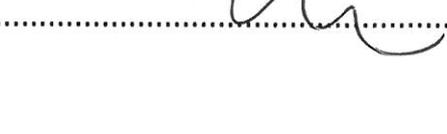
Montag, 17. Januar 2011, 13:00 Uhr

Deutscher Bundestag

Anwesenheitsliste

Sitzung der Enquete- Kommission "Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität"

als sachverständige Mitglieder

Betzüge Prof. Dr., Marc Oliver
Bracht van, Georg
Brand Prof. Dr., Ulrich	
Buchner Prof. em. Dr., Herbert	
Carstensen Prof. Dr., Kai	
Enderlein Prof. Dr., Henrik	
Habisch Prof. Dr., André	
Hexel, Dietmar	
Hölz Prof., Hanns Michael	
Jänicke Prof. Dr., Martin
Miegel Prof. Dr., Meinhard	
Müller, Michael	
Paqué Prof. Dr., Karl-Heinz	
Reuter Dr., Norbert	
Schmidt Prof. Dr., Christoph	
Schneidewind Prof. Dr., Uwe	
Wagner Prof. Dr., Gert

Sitzung der Enquete-Kommission "Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität"

Montag, 17. Januar 2011, 13:00 Uhr

Fraktionsvorsitzende:

Vertreter:

CDU/ CSU

.....

SPD

.....

FDP

.....

DIE LINKE.

.....

BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

.....

Fraktionsmitarbeiter:

Fraktion:

Unterschrift:

(Name bitte in Druckschrift)

Schwefel

FDP

R

Böthe

u

Böthe

Seitz

B90/Die Grünen

f. Seitz

Moritz

Seitz

Moritz

Moritz

Crüve

Crüve

Beginn der Sitzung: 13.00 Uhr

Präsident Prof. Dr. Norbert Lammert eröffnet die Sitzung um 13.00 Uhr. Er führt einleitend aus, dass der Deutsche Bundestag in seiner 77. Sitzung am 1. Dezember 2010 die Einsetzung einer Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft“ beschlossen habe. Mit der Einsetzung sei der Deutsche Bundestag dem gemeinsamen Einsetzungseintrag der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, FDP und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf der Drucksache 17/3853 gefolgt. Die Enquete-Kommission bestehe laut Einsetzungsbeschluss aus 17 Abgeordneten und 17 Sachverständigen.

Sodann leitet Präsident Prof. Dr. Norbert Lammert in die Thematik ein und hebt hervor, dass die Materie, mit der sich die Enquete-Kommission auseinandersetzen werde, zugegebenermaßen nicht ganz neu sei; das Thema werde sowohl in der Wissenschaft als auch in der Öffentlichkeit seit Jahren diskutiert. Dass der Deutsche Bundestag diese Materie nunmehr in dieser Weise – durch Einsetzung einer Enquete-Kommission – demonstrativ aufgreife, hänge ohne Zweifel auch mit den Erfahrungen im Zusammenhang mit den Turbulenzen auf den Finanzmärkten im Herbst 2008 zusammen. Angesichts der damit verbundenen direkten und indirekten Folgen für die Volkswirtschaften, für die jeweiligen Arbeitsmärkte und die damit verbundenen sozialen Sicherungssysteme sei es an der Zeit, diese Fragen wieder aufzugreifen und in die Arbeit des Gremiums einzubringen. Im Zuge der Krise sei vielen, insbesondere der Politik, klar geworden, wie sehr die verschiedenen Systeme miteinander verbunden seien und zu welchen teilweise beachtlichen, in Einzelfällen dramatischen Folgen die Veränderungen in einem Bereich führen könnten. Es gebe daher viele gute Gründe, sich mit diesen Zusammenhängen intensiver auseinanderzusetzen.

Dies gelte umso mehr, als dass man immer dann, wenn es um die unmittelbar erforderliche Reaktion auf unmittelbar entstandene Situationen gehe, mit einer unschönen Regelmäßigkeit mit einer Vermutung konfrontiert werde, dass diese oder jene Art von Maßnahme – „alternativlos“ – sei. Es verwundere ihn deshalb, dass bei der Suche nach dem Wort bzw. Unwort des Jahres der Begriff „Alternativlosigkeit“ bisher noch nicht in die engere Wahl gezogen worden sei. Nach seinem Dafürhalten lasse sich für nichts leichter der Nachweis erbringen, dass die Behauptung der „Alternativlosigkeit“ fast immer falsch sei. Denn Alternativen gebe es regelmäßig. Es stelle sich nämlich nicht die Frage, ob, sondern vielmehr welche Alternativen man habe.

Es sei kein Zufall, dass der Titel der neuen Enquete-Kommission die drei Schlüsselwörter „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ enthalte, die in einem engen Verhältnis zueinander stünden. Er erinnert in diesem Zusammenhang an das Wort des früheren Bundeswirtschaftsministers und Bundeskanzlers Ludwig Erhard: „Wohlstand ist die Grundlage, aber kein Leitbild für die Lebensgestaltung.“

Schließlich dankt Präsident Prof. Dr. Norbert Lammert allen Abgeordneten sowie sachverständigen Mitgliedern für ihre Bereitschaft, an der Arbeit der Enquete-Kommission mitzuwirken.

Präsident Prof. Dr. Norbert Lammert stellt sodann fest, dass allen Anwesenden die Liste der von den Fraktionen benannten Mitgliedern vorliegt; aus dieser Liste sei zu entnehmen, dass sich die Kommission aus jeweils 6 Abgeordneten der CDU/CSU-Fraktion, 4 Abgeordneten der SPD-Fraktion, 3 Abgeordneten der FDP-Fraktion und jeweils 2 Abgeordneten der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zusammensetzt. Die Fraktionen haben darüber hinaus in diesem Zahlenverhältnis Sachverständige benannt; für jedes Mitglied des Deutschen Bundestages gebe es einen Stellvertreter. Der Präsident stellt sodann die Beschlussfähigkeit fest.

Anschließend weist Präsident Prof. Dr. Norbert Lammert darauf hin, dass diese Enquete-Kommission einer interfraktionellen Absprache gemäß grundsätzlich öffentlich tagen werde; dies schließe selbstverständlich ein, dass die Enquete-Kommission bestimmen kann, die Öffentlichkeit für einen bestimmten Verhandlungsgegenstand oder Teile desselben auszuschließen. Unabhängig von der Öffentlichkeit oder Nichtöffentlichkeit der Sitzungen seien in jedem Fall verfassungsrechtliche Teilnahme- und Rederechte, die Bestimmungen der Geschäftsordnung und der Geheimschutzordnung des Deutschen Bundestages zu beachten.

Im Anschluss an diese Ausführungen macht Präsident Prof. Dr. Norbert Lammert darauf aufmerksam, dass gemäß einer interfraktionellen Absprache die SPD-Fraktion die bzw. den Vorsitzende(n) der Enquete-Kommission stellt und die Fraktion der CDU/CSU die bzw. den Stellvertretende(n) Vorsitzende(n) bestimmt. Er bittet sodann um einen Vorschlag für die Bestimmung der bzw. des Vorsitzenden.

Aus den Reihen der Abgeordneten der SPD-Fraktion wird die Abg. Daniela Kolbe (SPD) als Vorsitzende vorgeschlagen. Abg. Daniela Kolbe (SPD) erklärt auf die Frage des Präsidenten Prof. Dr. Norbert Lammert ihre Bereitschaft, das Amt der Vorsitzenden zu übernehmen.

Präsident Prof. Dr. Norbert Lammert stellt sodann fest, dass die Abg. Daniela Kolbe (SPD) mit dem Einverständnis der Kommission zur Vorsitzenden bestimmt worden ist. Er gratuliert der Vorsitzenden mit guten Wünschen für eine erfolgreiche Amtsführung und stellt fest, dass damit die Konstituierung der Enquete-Kommission vollzogen ist. Präsident Prof. Dr. Norbert Lammert bittet sodann die Abg. Daniela Kolbe (SPD) den Vorsitz zu übernehmen und zunächst das Amt des Stellvertretenden Vorsitzenden bestimmen zu lassen.

Abg. Daniela Kolbe (SPD) übernimmt den Vorsitz.

Die Vorsitzende bedankt sich für das ihr entgegengebrachte Vertrauen und bittet um Vorschläge für den Stellvertretenden Vorsitzenden der Enquete-Kommission.

Aus den Reihen der Mitglieder der CDU/CSU-Fraktion wird Abg. Dr. Matthias Zimmer (CDU/CSU) als Stellvertretender Vorsitzender vorgeschlagen. Auf die Frage der Vorsitzenden erklärt sich Abg. Dr. Matthias Zimmer (CDU/CSU) bereit, dieses Amt zu übernehmen. Nach den Glückwünschen zur Übernahme dieses Amtes im Sinne einer guten und vertrauensvollen Zusammenarbeit bittet die Vorsitzende um Benennung der Sprecher bzw. Obleute der Fraktionen.

Die Abg. Dr. Georg Nüßlein (CDU/CSU), Peter Friedrich (SPD), Claudia Bögel (FDP), Ulla Lötzer (DIE LINKE.) und Kerstin Andreae (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) geben bekannt, dass sie für ihre Fraktion als Obleute tätig sein werden. Abg. Kerstin Andreae (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) macht im Zuge ihrer Vorstellung darauf aufmerksam, dass sie die Funktion der Obfrau nur bis zur Mitte der Arbeit der Enquete-Kommission wahrnehmen werde; danach werde diese Funktion von ihrem Fraktionskollegen Dr. Hermann Ott (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) wahrgenommen werden.

Sodann macht die Vorsitzende einige Erläuterungen und Anmerkungen zum Ziel und Bedeutung der Enquete-Kommission. Sie zeigt sich zufrieden, dass die Debatte über Grenzen des Wachstums, welche bekanntermaßen nicht ganz neu sei, nunmehr im Deutschen Bundestag angekommen sei. Dass eine solche Debatte von Erfolg gekrönt sein könne, zeigten die Beispiele in Frankreich und anderen Nationalstaaten. Insbesondere die Stiglitz-Kommission habe gesellschaftlich wie auch politisch eine große Öffentlichkeit erreicht. Sie wünsche sich ähnliches für diese Enquete-Kommission; insofern sei es besonders erfreulich, dass sich sämtliche Obleute darüber einig waren, dass die Sitzungen der Kommission grundsätzlich öffentlich stattfinden sollen. Die Vorsitzende betont zugleich, dass man sich viel vorgenommen habe. Der Einsetzungsbeschluss stelle hohe Anforderungen an die Arbeit der Enquete-Kommission. Zweieinhalb Jahre für die Arbeit der Kommission seien knapp bemessen, zumal nach möglichst zwei Jahren bereits ein erster Entwurf für den Abschluss-

bericht beraten werden solle. Sie bringt ihren Wunsch zum Ausdruck, dass die Diskussionen in der Enquete-Kommission lebendig und so geführt werden mögen, dass die Öffentlichkeit an der Arbeit der Enquete-Kommission Interesse gewinnt. Dabei sollten durchaus unterschiedliche politische Auffassungen zu Tage treten können; letztlich gelte es jedoch immer, ergebnisorientiert zu arbeiten, um am Ende der Legislaturperiode Resultate vorlegen zu können.

Die Vorsitzende bittet sodann die Kommissionsmitglieder, sich kurz vorzustellen. Nach Abschluss der Vorstellungsrunde der Kommissionsmitglieder stellt die Vorsitzende die Mitarbeiter des Sekretariats der Enquete-Kommission vor. In diesem Zusammenhang teilt sie mit, dass zur fachlichen Unterstützung der Arbeit der Kommission weitere wissenschaftliche Mitarbeiter/innen für das Sekretariat der Kommission eingestellt werden.

Im Anschluss daran bittet die Vorsitzende die Obleute, ein kurzes Statement zur Bedeutung dieser Enquete-Kommission aus Sicht ihrer jeweiligen Fraktion abzugeben.

Abg. Dr. Georg Nüßlein (CDU/CSU) begrüßt, dass es gelungen sei, hinsichtlich des Einsetzungsbeschlusses einen breiten überparteilichen bzw. überfraktionellen Konsens von immerhin vier Fraktionen herzustellen. Zugleich bedauert er, dass in der Berichterstattung der Medien im Vorfeld zu sehr die Frage nach dem zu definierenden Indikator für Wohlstand eingegangen worden sei. Man dürfe sich in der Arbeit der Enquete-Kommission jedoch nicht hierauf beschränken, sondern müsse auch den Stellenwert von Wachstum und Wohlstand für das Gemeinwesen betrachten und der Frage nachgehen, inwiefern Wachstum vom Ressourcenverbrauch entkoppelt werden könne. Er betont, Politik könne letztlich nur die Präferenzen der Menschen aufnehmen, diese aber nicht verändern. Er spricht zuletzt auch das Problem der Verteilungsgerechtigkeit an und unterstreicht in diesem Zusammenhang, dass aus seiner Sicht hier insbesondere ein Problem hinsichtlich der arbeitenden Mittelschicht bestehe, welches angegangen werden müsse.

Abg. Peter Friedrich (SPD) macht deutlich, aus seiner Sicht gebe es vier parallele Entwicklungen, die sich phasenweise krisenhaft zuspitzen würden. Zum einen sei dies die tiefgreifende Vertrauenskrise in die Soziale Marktwirtschaft; zweitens nennt er die Überforderung der natürlichen Lebensgrundlagen, die zunehmend für alle Menschen spürbarer werde; drittens weist er auf die demographische Veränderung hin, die nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen Industrieländern sowie einigen aufsteigenden Schwellenländern zu konstatieren sei; schlussendlich benennt er die Entkopplung von gesellschaftlichem und wirtschaftlichem Fortschritt, an dem nach seinem Dafürhalten nicht mehr alle Menschen teilhaben würden. Diese vier Entwicklungen verliefen nach seiner Einschätzung parallel, sie seien nicht unabhängig voneinander. Er gibt zu bedenken, dass die

dargestellten Entwicklungen durch die derzeitigen Indikatoren noch nicht ausreichend abgebildet würden – insofern sei die Politik ein Stück weit „blind“. Es gelte sowohl die Messung als auch die Instrumente mit Blick darauf zu diskutieren, wie man zu einer neuen Balance zwischen wirtschaftlicher Entwicklung, sozialer Teilhabe, der ökologischen Verträglichkeit und der Frage der demokratischen Legitimation kommen könne. In diesem Zusammenhang müsse man national wie international sachgerechte Instrumente entwickeln, um steuernd einzugreifen. Er betont schlussendlich, es sei darüber hinaus erforderlich, die Öffentlichkeit in diese Debatte und diesen Prozess einzubinden.

Abg. Claudia Bögel (FDP) bringt ebenfalls ihre Freude darüber zum Ausdruck, dass der Einsetzungsbeschluss die breite Mehrheit von vier Fraktionen erhalten habe. Sie appelliert an alle Teilnehmer, konstruktiv zusammenzuarbeiten und lebhaft miteinander zu diskutieren, unabhängig von der politischen Couleur. Politik habe den Anspruch, Zukunft zu gestalten. Es gehe aus ihrer Sicht nicht zuletzt darum, klare Analysen, neue Denkansätze und innovative Empfehlungen zu erarbeiten. Wirtschaftliches Wachstum sowie Innovationen seien aus Sicht ihrer Fraktion unverzichtbar und müssten – insbesondere mit Blick auf den Mittelstand – stärker gefördert werden. Gleichzeitig gelte es, den Abbau der natürlichen Ressourcen einzudämmen. Ebenso wichtig sei es, nicht zu Lasten nachfolgender Generationen zu wirtschaften.

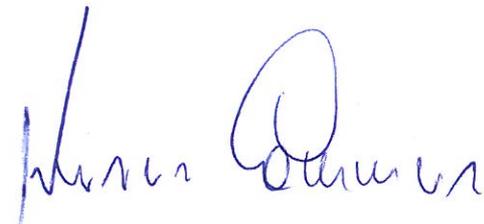
Abg. Ulla Lötzer (DIE LINKE.) hebt hervor, dass das Bruttoinlandsprodukt seit 1992 um 62 Prozent gestiegen sei; dies sei jedoch nicht mit einer Wohlstandsmehrung einhergegangen. Insbesondere sei in diesem Zeitraum die Lohnquote gesunken und gleichzeitig die Armutsquote gestiegen ebenso wie der öffentliche Schuldenberg. Auch die öffentlichen Dienstleistungen seien nicht merkbar verbessert worden. International habe das von Finanzmärkten getriebene Wachstum nicht zum Ausgleich von globalen Ungleichgewichten geführt. Auch die ökologische Krise habe sich angesichts des Ressourcenverbrauchs zunehmend verschärft. Sie nimmt Bezug auf das Wort des Wissenschaftlers Kenneth Boulding, dem das Zitat zugeschrieben wird: „Wer glaubt, in einer endlichen Welt könne die Wirtschaft unendlich wachsen, ist entweder ein Idiot oder ein Ökonom.“ Aus Sicht ihrer Fraktion gelte es, den Stellenwert von Wachstum für Wirtschaft und Gesellschaft kritisch zu beleuchten und Schlussfolgerungen für eine soziale und ökologische Nachhaltigkeitspolitik zu ziehen. Schlussendlich betont sie, aus ihrer Sicht gehe es vor allem um die Zurückgewinnung des Primats der Politik und der Demokratie gegenüber der Wirtschaft.

Abg. Kerstin Andreae (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) betont, aus Sicht ihrer Fraktion sei die Frage der Endlichkeit der Ressourcen ein besonderer Schwerpunkt. Diese hänge eng mit dem ebenfalls wichtigen Thema der Generationengerechtigkeit zusammen. Es stünden die Fragen im Raum, welche Chancen man nachfolgenden Generationen lassen könne und wie die Erde

in 50 oder 100 Jahren aussehen werde. Angesichts der Tatsache, dass im Jahr 2050 die Erde voraussichtlich von 9 Mrd. Menschen bevölkert werde, dürfe insbesondere der internationale Aspekt des Themas nicht aus dem Blick verloren werden. Ebenfalls sei die Frage wichtig, wie die sozialen Sicherungssysteme unabhängiger vom Wachstum werden könnten. Derzeit befinde man sich in einer Wachstumsabhängigkeit; gleichwohl halte sie die Gleichung Wachstum = Wohlstand = Arbeitsplätze für überholt bzw. diese funktioniere nicht mehr in dieser Form. Sie nimmt Bezug auf eine Studie der Bertelsmann-Stiftung, wonach die Menschen eine Steigerung des Wohlstandes nicht gleichzeitig mit einer Steigerung der Lebensqualität verbinden. Hinsichtlich des zu entwickelnden, neuen Indikatorensystems spricht sie bildhaft davon, derzeit messe man nur die Geschwindigkeit, nicht aber Verbrauch und Drehzahl. Sie appelliert an die Kommission, neue Instrumente, Handlungsmuster sowie konkrete Vorschläge zu erarbeiten.

Die Vorsitzende dankt den Obleuten für ihre Ausführungen und begrüßt, dass sämtliche Fraktionen ihre Bereitschaft signalisiert haben, im Miteinander ein Ergebnis zu erzielen. Dies motiviere sie in besonderer Weise für die bevorstehende Arbeit und stimme sie optimistisch. Sie leitet sodann zur 2. Sitzung der Enquete-Kommission über, welche die Terminfindung für eine erste Klausurtagung der Enquete-Kommission zum Gegenstand hat.

Schluss der Sitzung: 14:07 Uhr
Bü/hv



Prof. Dr. Norbert Lammert, MdB
Präsident



Daniela Kolbe, MdB
Vorsitzende